

Ressort: Politik

Bericht: Schwarz-Gelb verzichtet auf NPD-Verbotsantrag des Bundestages

Berlin, 17.04.2013, 16:01 Uhr

GDN - Union und FDP haben sich offenbar darauf verständigt, auf einen NPD-Verbotsantrag des Bundestags zu verzichten und damit dem Beispiel der Bundesregierung zu folgen. Das berichtet die "Westdeutsche Allgemeine Zeitung" (Donnerstagsausgabe).

Die Führungen der Fraktionen von FDP und Union sowie ihre Rechts- und Innenpolitiker hätten einen entsprechenden Antrag für das Parlament erarbeitet. Demnach soll der Bundestag ausdrücklich beschließen, auf einen eigenen Verbotsantrag zu verzichten. Im zehnteiligen Papier empfehlen Union und FDP, stattdessen die Präventionsarbeit gegen den Rechtsextremismus und die Hilfen für die Opfer zu verstärken, aber auch Aussteigerprogramme zu fördern. Außerdem schlagen Union und FDP vor, künftig dem Bundestag in jeder Legislaturperiode einen Bericht über den Stand und die Wirksamkeit der Programme gegen den Rechtsextremismus vorzulegen. Die Koalitionsfraktionen wollen in der nächsten Woche über ihren Antrag diskutieren und ihn danach in den Bundestag einbringen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-12076/bericht-schwarz-gelb-verzichtet-auf-mpd-verbotsantrag-des-bundestages.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com